

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Bildungsausschuss

43. Sitzung

am Donnerstag, dem 11. September 2003, 14:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 383 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Dr. Ulf von Hielmcrone (SPD)

Hermann Benker (SPD)

Dr. Henning Höppner (SPD)

Helmut Jacobs (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Sylvia Eisenberg (CDU)

Jost de Jager (CDU)

Ursula Sassen (CDU)

Caroline Schwarz (CDU)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Angelika Birk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vorsitzender

i. V. für Rolf Fischer

i. V. für Joachim Wagner

Weitere Abgeordnete

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

| Tagesordnung: | Seite |
|---|--------------|
| 1. Integration | 5 |
| Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/973 | |
| 2. Entschließung zur Stärkung der kommunalen Handlungsfähigkeit | 6 |
| Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/2441 | |
| 3. Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung der Stiftung „Leibniz-Institut für Meereswissenschaften“ | 7 |
| Gesetzesentwurf der Landesregierung Drucksache 15/2793 | |
| 4. Modernisierung der Hochschulen | 8 |
| Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/2829 Ziffern I und IV | |
| 5. Unterrichtsversorgung und Lehrerbedarf | 9 |
| Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/2677 | |
| 6. Bericht über die Unterrichtssituation im Schuljahr 2002/03 | 11 |
| Bericht der Landesregierung Drucksache 15/2717 | |

7. Bezirksfachklassen und Landesberufsschulen **12**

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/2851

8. Verschiedenes **14**

Der Vorsitzende, Abg. Dr. von Hielmcrone, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Integration

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/973

(überwiesen am 30. Mai 2001 an den **Innen- und Rechtsausschuss**, den Wirtschaftsausschuss, den Bildungsausschuss und den Sozialausschuss)

hierzu: Umdrucke 15/1182, 15/1205, 15/1694, 15/1870, 15/1871, 15/1926, 15/1927, 15/1938, 15/1939, 15/1960 (neu) bis 15/1963, 15/1967, 15/1968, 15/1970, 15/2000, 15/2233, 15/2251 bis 15/2253, 15/2258, 15/2267, 15/2275, 15/2300, 15/2316, 15/2369, 15/2381, 15/3062, 15/3406, 15/3418, 15/3615, 15/3616

Abg. Eisenberg lehnt den von den Koalitionsfraktionen vorgelegten Änderungsantrag, Umdruck 15/3616, als „zu unverbindlich“ ab.

Unter Hinweis auf die Große Anfrage der CDU zum Religionsunterricht äußert sich M Erd-siek-Rave optimistisch, dass es - wie in anderen Bundesländern auch - beim Thema Einführung eines islamischen Religionsunterrichts zu einer Einigung mit den verschiedenen Verbänden der islamischen Glaubensrichtungen komme.

Mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP empfiehlt der Bildungsausschuss dem Innen- und Rechtsausschuss, die im CDU-Antrag enthaltenen Punkte 1 bis 3 durch den Text des Änderungsantrages der Koalitionsfraktionen, Umdruck 15/3616, zu ersetzen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Entschließung zur Stärkung der kommunalen Handlungsfähigkeit

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/2441

(überwiesen am 20. Februar 2003 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und an alle übrigen Ausschüsse)

hierzu: Umdrucke 15/3134, 15/3135, 15/3143, 15/3336, 15/3399, 15/3443,
15/3464, 15/3475, 15/3485, 15/3487, 15/3488, 15/3500,
15/3536, 15/3554

Abg. Weber äußert, für die von der CDU beantragten Änderungen zum Schulbaufonds und zur Kommunalisierung der Schulen in Bezug auf die Personalausstattung mit Lehrkräften sehe die SPD zur Zeit keinen Handlungsbedarf.

Mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP empfiehlt der Ausschuss dem Innen- und Rechtsausschuss, die im CDU-Antrag enthaltenen bildungspolitischen Punkte (Schulbaufonds und Kommunalisierung der Schulen in Bezug auf die Personalausstattung mit Lehrkräften) abzulehnen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung der Stiftung „Leibniz-Institut für Meereswissenschaften“

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/2793

(überwiesen am 28. August 2003)

Der Ausschuss beschließt, zum Gesetzentwurf bis Ende September schriftliche Stellungnahmen von folgenden Institutionen einzuholen: DGB, Beamtenbund, Hochschullehrerverband, Direktoren und Personalräte von GEOMAR und Institut für Meereskunde sowie Rektorat der CAU.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Modernisierung der Hochschulen

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/2829 Ziffern I und IV

(überwiesen am 28. August 2003)

Abg. Weber bittet darum, die Beschlussfassung über den CDU-Antrag zurückzustellen, weil die interne Meinungsbildung insbesondere zur Einführung eines Landeshochschulrates noch nicht abgeschlossen sei. Die SPD-Fraktion werde sich nach den Herbstferien dazu positionieren. Er persönlich habe Sympathie für das rheinland-pfälzische Modell.

Abg. Birk legt Wert darauf, dass ein solches Gremium den Hochschulen nicht aufgepropft werde und darin nicht nur Wirtschaft und Wissenschaft vertreten seien.

M Erdsiek-Rave teilt mit, dass es kein Bundesland gebe, das bisher Erfahrungen mit einem Hochschulrat habe. Zur Kooperation mit Hamburg macht sie darauf aufmerksam, dass die von der CDU gewünschte Abstimmung der Hochschulpläne und eine gemeinsame Kapazitätsbestimmung beider Länder rechtlich nicht möglich sei.

Der Ausschuss kommt überein, die Beschlussfassung über den CDU-Antrag bis November zurückzustellen, und bittet den Wissenschaftlichen Dienst, den Ausschuss darüber zu unterrichten, in welchen Bundesländern ein Landeshochschulrat oder ein ähnliches Gremium besteht oder geplant ist und mit welchen Kompetenzen es versehen ist.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Unterrichtsversorgung und Lehrerbedarf

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 15/2677

(überwiesen am 28. August 2003)

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Umdruck 15/3702

Abg. Weber bringt den Antrag der Koalitionsfraktionen, Umdruck 15/3702, ein, mit dem der Rechnungshof ersucht werden solle, den Lehrerbedarf unter Berücksichtigung verschiedener bildungspolitischer Maßnahmen zu errechnen.

Abg. Dr. Klug vermisst in der von den Koalitionsfraktionen vorgelegten Erweiterung den Punkt „Konsequenzen des Auslaufens der so genannten Vorgriffsstunden-Regelung“ und lehnt insbesondere die Fragen 6, 10 und 12 ab (Ersetzen des dreigliedrigen Schulwesens durch ein Gesamtschulsystem und Verzicht auf das Sitzenbleiben), bei denen der Rechnungshof gezwungen werde, bildungspolitische Rahmenvorgaben einzubauen.

Die Abg. Dr. Höppner und Weber erwidern, gerade weil die Erhöhung des Klassenteilers, die Verlängerung der Grundschulzeit, die Umwandlung aller weiterführenden allgemein bildenden Schulen in Gesamtschulen und der Verzicht auf das Sitzenbleiben bildungspolitisch kontrovers seien, sollte man sich einmal die zahlenmäßigen Auswirkungen solcher Modelle berechnen lassen, um auf der Grundlage dieser Berechnungen möglicherweise Konsequenzen ziehen und Lehrerstellen für mögliche Förderkonzepte umschichten zu können.

Abg. Birk erwartet vom Rechnungshof, dass er Minimal- und Maximalkorridore berechne.

Abg. de Jager befürchtet durch den Auftrag der Koalitionsfraktionen eine „parteiliche Instrumentalisierung des Rechnungshofs“, die man gerade in der Zeit vor der Landtagswahl ablehne. Eine Erhöhung des Klassenteilers sollte sich auf die Sekundarstufe 1 beschränken. Zu berechnen seien außerdem die Auswirkungen der Umstellung der Lehrerausbildung auf die Unterrichtsversorgung.

Abg. Eisenberg wendet ein, in Frage 3 - Zusammenlegung von Schulstandorten - müssten bestimmte Parameter zugrunde gelegt und in Frage 4 ausdrücklich die Möglichkeit einbezogen werden, Oberstufen der Gesamtschulen mit Oberstufen der Gymnasien zusammenzulegen.

In alternativer Abstimmung erhält der FDP-Antrag die Stimmen von CDU und FDP und der Antrag der Koalitionsfraktionen - ergänzt um den 2. Spiegelstrich des FDP-Antrages zur Vorgriffsstunden-Regelung - die Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und damit die Mehrheit.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Bericht über die Unterrichtssituation im Schuljahr 2002/03

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/2717

(überwiesen am 28. August 2003 zur abschließenden Beratung)

hierzu: Umdruck 15/3611

Der Ausschuss nimmt den Bericht ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Bezirksfachklassen und Landesberufsschulen

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/2851

(überwiesen am 29. August 2003)

hierzu: Umdruck 15/3368

Abg. Eisenberg bedauert, dass der CDU-Antrag, Drucksache 15/2833, vom Landtag abgelehnt worden sei, und setzt sich für eine Neuregelung des Schullastenausgleichs für berufliche Schulen und im Interesse der Auszubildenden und der Betriebe für eine möglichst wohnortnahe Beschulung ein.

Auch Abg. Dr. Klug spricht sich dafür aus, die Beschulung so weit wie möglich dezentral vorzunehmen, Bezirksfachklassen nur in den Fällen einzurichten, in denen es wirtschaftlich wirklich einen Vorteil bringe, und Auszubildende mehr oder weniger verwandter Ausbildungsberufe vor Ort zusammen zu beschulen.

M Erdsiek-Rave stellt klar, dass das Konzept zur Einrichtung von Bezirksfachklassen und Landesberufsschulen flexibel sein und neben wirtschaftlichen Erwägungen auch andere Parameter berücksichtigen müsse. Auf keinen Fall dürfe dadurch die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe beeinträchtigt werden. Sie sagt zu, den Ausschuss in der nächsten Sitzung, am 23. Oktober 2003, über den aktuellen Sachstand zu unterrichten.

Auch Abg. Jacobs hält es für selbstverständlich, dass die Ausbildungsbereitschaft der Wirtschaft aufgrund bildungspolitischer Maßnahmen nicht noch weiter zurückgehen dürfe, und verweist auf den Anhörungsprozeß zu dem Konzept.

Abg. Dr. Höppner prophezeit, angesichts der Entwicklung des dualen Ausbildungssystems gehe an der vermehrten Einrichtung von Bezirksfachklassen und Landesberufsschulen, die nicht nur wirtschaftliche, sondern durchaus auch soziale Vorteile haben könnten und auch im Interesse der Wirtschaft sein müssten, kein Weg vorbei. Die Frage des Schullastenausgleichs sei im Bereich der Vollzeitklassen zu regeln.

Abg. Birk hält eine Konzentration der Berufschulausbildung aus finanzpolitischen Gründen für geboten.

Mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Antrag der Koalitionsfraktionen, Drucksache 15/2851, unverändert anzunehmen.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Verschiedenes

a) Auf Wunsch von Abg. Dr. Klug verabredet der Ausschuss, sich im November mit dem Thema **Haus der Geschichte** zu befassen.

b) Auf Wunsch von Abg. Schwarz verständigt sich der Ausschuss, sich im November ebenfalls mit dem Nutzungskonzept für das **Kulturzentrum Salzau** zu beschäftigen.

c) Abg. de Jager bittet darum, dem Ausschuss das Gutachten der GMSH zum Kostenvergleich der Konzentration des **Fachbereichs Bauwesen** am Standort Lübeck oder Eckernförde zuzuleiten.

M Erdsiek-Rave bittet um Verständnis, dem Ausschuss das Gutachten erst nach Befassung im Kabinett, voraussichtlich in 14 Tagen, übermitteln zu können.

d) Abg. de Jager fragt die Landesregierung nach ihrer Haltung zur Zukunft des **Studiengangs Krankenhausmanagement** an der Fachhochschule Flensburg.

e) Abg. Dr. Klug bittet darum, sich mit der **Kindertagesstättenförderung** unmittelbar nach Abschluss der entsprechenden Rahmenvereinbarung mit den kommunalen Landesverbänden und den Wohlfahrtsverbänden zu beschäftigen.

Der Vorsitzende, Abg. Dr. von Hielmcrone, schließt die Sitzung um 16:20 Uhr.

gez. Dr. von Hielmcrone

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer